

Antrag

der Abgeordneten Waltraud Schoppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Forum der Nichtregierungsorganisationen (NGO-Forum) auf der VN-Weltfrauenkonferenz in Peking

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der chinesischen Regierung und in den Vorbereitungsgremien der Vereinten Nationen dafür einzusetzen, daß

1. das Forum der Nichtregierungsorganisationen (NGO-Forum) – wie ursprünglich vorgesehen – in Peking, in räumlicher Nähe zum offiziellen Plenum der Regierungsvertreter stattfindet;
2. die Nichtzulassung einiger Nichtregierungsorganisationen zurückgenommen wird;
3. jegliche Einflußnahme seitens der chinesischen Regierung auf die Zulassung von Nichtregierungsorganisationen und Teilnehmerinnen und Teilnehmern, sowie auf Programm und Gestaltung des NGO-Forums unterbleibt.

Bonn, den 18. Mai 1995

Waltraud Schoppe
Josef Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die Politik der Bundesregierung, die Nichtregierungsorganisationen stärker in die außenpolitischen Willensbildungsprozesse auf internationalen Konferenzen der Vereinten Nationen einzubinden, wird durch die chinesische Regierung konterkariert, wenn sie versucht, das offizielle Treffen der Regierungsvertreter von dem Forum der Nichtregierungsorganisationen räumlich zu separieren. Ein Zusammenwirken von Nichtregierungs- und Regierungsorganisationen setzt den direkten und nichtreglementierten Zugang zueinander voraus. Dem läuft die organisatorische Planung chinesischer Regierungsstellen zuwider.

Wir halten es für nicht zumutbar, daß chinesische Regierungsstellen versuchen, Einfluß auf den Teilnehmerkreis und die Gestaltung der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking zu nehmen. Aus der Ausrichtung einer VN-Konferenz dürfen dem Veranstalterland keine Sonderrechte zuwachsen.